

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gemeinschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Rüdigerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 2403, 2407, 2503. Persönliche Zustunftszeitung mittags von 13 bis 14 Uhr. - Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Recht vorbehalten.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Jahressubskription, insgesamt 2,10 RM. für Abholer mindestens 0,45 RM. Belegpreis 2,10 RM. durch Botboten ausgestellt 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelnen Preis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Reflektiert der Millimeter. Hauptgeschäftsstelle: Dr. Rüdigerstraße 6. Fernruf 2403, 2407, 2503. Reichsdruckstelle 2019 Berlin.

Die Jugend im Freiheitskampf

Mit der Eisernen Front für den Sieg der Sozialdemokratie

An der Spitze der Deutschen Republik steht seit dem 30. Januar die Regierung Hitler-Baumbach. Schon diese Namen sind ein Programm. „Abbau des Wohlfahrtsstaates“, „Erhaltung des Privateigentums“, „Vernichtung des Marxismus und der Novemberverbrecher“, das sind die Kampfparolen dieser reaktionären Konzentration.

Die Jugend erfreut sich der besonderen Fürsorge dieses Kabinetts. Der einzige positive Punkt in dem Aufbruch der neuen Reichsregierung ist die Anklündigung der Arbeitsdienstpflicht. Es soll eine Arbeitsdienstpflichtarmee als Zwangsersatzungsanstalt der deutschen Jugend geschaffen werden. Das ist die einzige Hilfe, die ein Kabinett unter der Leitung des „Arbeiterführers“ Hitler der großen Masse der erwerbslosen Jugend in Aussicht stellt.

Eine Million junger Männer und eine halbe Million junger Mädchen

und Frauen leiden seit Jahren unter den schrecklichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise

Sie erwarten alle sehnsüchtig den Zeitpunkt, an dem sie wieder ihre Kräfte und ihre beruflichen Fähigkeiten in produktiver Arbeit anwenden können. Die Arbeitsdienstpflicht kann diese Erwartungen nicht erfüllen. Sie bringt auch keine Entlohnung, sie zerrüt die natürlichen Lebensgemeinschaften, sie kann den älteren unter euch keine materielle Basis für die Gründung der eigenen Familie bieten.

Es gibt nur einen Weg aus der Not dieser Krise, das ist die Beschaffung von freier Arbeit zu normalen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Das aber ist der Weg der Sozialisten der Eisenen Front. Er soll jetzt nach dem Willen der Regierung für immer verbannt werden durch die Beseitigung der politischen Rechte der breiten Massen des Volkes, durch die Beseitigung der Demokratie.

Der „Kampf gegen den Marxismus“ hat keine anderen Ziele als die Erhaltung der Vormachtstellung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie und die Vernichtung aller Kräfte, die die Staatsmacht zur Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Forderungen der Jugend, einsehen wollen.

In diesem Ringen kann der arbeitenden und vorwärtsstrebenden Jugend die Entschädigung nicht schwer fallen. Sie steht in der Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Gleichberechtigung, Frieden und allgemeine Erleuchtung.

Jugend der Eisernen Front!

Die politische und soziale Reaktion hat ihre letzten Reserven mobilisiert zum

Kampf gegen die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes. Wir nehmen den Kampf auf. Das Recht und der Geist der Befreiung sind unsere Bundesgenossen. Seht alle eure Kräfte ein. Werbt neue Kämpfer gegen die drohende Gewaltherrschaft der vereinigten faschistisch-kapitalistischen Reaktion. Ihr habt euch in dem Kampfsjahr 1932 tapfer geschlagen, wir rechnen auch jetzt auf euch!

Die „neuen Herren“ haben uns die Vernichtung angedroht. Sie können uns nicht schrecken.

Die arbeitende und freiheitsliebende Jugend wird nicht eher ruhen, bis das Schlimme des 30. Januar in Deutschland wieder beseitigt ist.

Je mehr sie uns beschimpfen, je wilder sie gegen unsere Organisationen ausweichen, desto fester und entschlossener wird die Jugend der Eisernen Front zusammenstehen, um auf dem Boden der Befreiung unserer Jugend zum Siege zu verhelfen.

Die Reaktion hat sich in ihrem Haß gegen Volksherrschaft und Arbeiterbewegung geeinigt. Unsere Einheitsfront ist die Eisernen Front! Ihre Parolen und Ziele sind die Kampfeslosungen der jungen Arbeiterschaft. Freiheit!

Für die Jugend der freien Gewerkschaften: Walter Masche.
Für die Jugend der Arbeitersportverbände: Fritz Wildung.

Für die Sozialistische Arbeiterjugend: Erich Ollenhauer.
Für die Jugend des Reichsbanners: Franz Herroft.

Der Zusammenbruch einer Wahllüge

Hitler und Papen sehen sich gezwungen, die Harzburger Beleidigungen gegen Braun und Severing zu bedauern

Den Nazi-Agitatoren und der schwarzweißen Presse ist zur Sache gegen die „Marxisten“ und zur Wahlpropaganda jedes Mittel recht. Wiederholt haben die Minister des Papen-Kabinetts den Mitgliedern der Regierung Braun-Severing die persönliche und politische Lauterkeit öffentlich zugestanden und besonders den Charakter und die Reinheit von Braun und Severing gerühmt. Tut nichts! Heute nennt die Nazi-Presse dieselben Männer „Diebe“ und an den Blatfüßen ist jetzt zu lesen, daß sie zwei Millionen Mark aus der Staatskasse zu unlauteren Zwecken hätten verschwunden lassen.

Heute können wir die Tatsache verzeichnen, daß Hitler und Papen gezwungen waren, die Beleidigungen gegen Braun-Severing und den Betrugsvorwurf an den Wählern zu bedauern. Es bedrückt eines Ganges des preußischen Ministerialdirektors Brecht zu Papen, um die Agitationslügen der Nationalsozialisten und Deutschen Nationalen an den Branger zu stellen.

„Auf die Vorkleinerungen Brechts wiederholte Vizekanzler von Papen seine am 30. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung, „daß die Reichserklärung die persönliche Integrität des preußischen Ministerpräsidenten und seiner Amtsfolger nie angezweifelt habe“ und daß er den in

der Öffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrenkränkung bedauere. Er nahm von den weiteren Mitteilungen Kenntnis und verwies im übrigen darauf, daß die Kommission des Reichs zur Klärung der Angelegenheit das Gutachten der Oberrechnungskammer eingeholt hätten, vor dessen Eingang er im übrigen in der Sache nicht Stellung nehmen und in die Wahlpropaganda nicht eingreifen könne. Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, daß die Staatsminister mit der Einforderung des Gutachtens der Oberrechnungskammer durchaus einverstanden seien, aber dagegen Verwahrung einlegten, daß in der Wahlpropaganda das

Ergebnis dieses Gutachtens zu ihren Ungunsten vorzunehmen werde.“

Reichstagsler Hitler und Vizekanzler von Papen haben sich mit dem Wortlaut der vorliegenden Mitteilung über die Unterredung einverstanden erklärt. Besser konnte der neueste Harzburger Schwindel kaum entlarvt werden.

Im Anschluß an die vorerwähnte Besprechung hat Staatssekretär Dr. Robis, der Urheber des jetzt von den Nazis platzierten Protokolls über eine Staatsministerialtagung, folgendes Schreiben an Ministerialdirektor Dr. Brecht gerichtet:

„Ihrem Wunsch entsprechend befatige ich, daß

nach meiner Ueberzeugung irgendein Vorwurf gegen die persönliche Integrität der an dem Beschluß vom 6. April u. J. beteiligten Minister völlig ausscheidet; etwas Derartiges kann auch nicht aus der Aufzeichnung vom 30. Juli entnommen werden. Ich befatige Ihnen ferner, daß die Niederschrift über die fragliche Sitzung Anfang September zu den Akten des St.-Min. gelangt ist. Ich stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten.“

Mit diesen beiden amtlichen Erklärungen bricht eine der niedrigsten Wahllügen gegen den „Marxismus“ zusammen.

Beschlagnahmt und verwahrt

Die gestrige Nummer unserer Zeitung wurde in den Nachmittagsstunden beschlagnahmt, außerdem erhielt die Redaktion eine Verwarnung mit dem Inhalt, daß künftige Verträge gegen die Presseüberwachung zum Schutze des deutschen Volkes das Verbot der Zeitung nach sich ziehen würden.

Parteienoffenen, Parteienoffenen!

Unseren Versammlungen droht die Auflösung. Unsere Presse wird in stetig steigendem Umfang bedrängt. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist eingeschränkt.

Wie einst Bismarck hat sich auch der jetzt amtierende Reichler Herr Adolf Hitler vorgenommen,

in 10 Jahren den Marxismus in Deutschland auszurufen. Tatsächlich meint er damit die Sozialdemokratische Partei und wandelt dabei auf den Spuren Bismarcks, der allerdings an dem Feld Sozialdemokratie scheiterte. Wir fragen uns nur, ist Herr Hitler stärker als ein Bismarck?

Man soll unsere Presse verbieten, man kann einzelne Führer und Mitglieder abnalen; aber man kann den Geist nicht töten, der in unserer Bewegung lebt. Man kann auch euch, den Millionen sozialistischer Anhänger, nicht den Mund verbieten, wenn ihr hinausgeht und für Aufklärung sorgt.

Ruft das Material, das eure Gegner euch heute in so verwerdlicher Weise gegen sich

selbst liefern. Mächt die Bewritten und Verbotten, die politisch noch Unreifen auf über Reden und Taten. Seht an die Stelle der gedruckten, die lebendige Zeitung.

Beweist durch eure Aktivität in der Einzelpropaganda, daß man uns wohl Schwierigkeiten machen kann, daß aber am Widerstand unsere Kräfte wachsen. Jetzt euch der Wortkämpfer aus der Zeit des Sozialisteneingeges würdig. Sie haben uns Wege gemiesen, den Terror mit geistigen Waffen zu überwinden. Terror ist immer ein Zeichen von Schwäche.

Die Zukunft ist unser, wenn jeder von euch seine Pflicht tut in der Erkenntnis vom Ernst der Stunde, im Vertrauen auf unsere gute Sache und mit dem Willen zum Sieg.

Ruft die Zeit bis zum 5. März durch Aktivität, Disziplin und Einigkeit für die Sache!

Jungarbeiter, kämpft um eure Rechte! Hinein in die Sozialistische Arbeiterjugend!

Befcheidene Nazis

Wie sie heute den Dank des Vaterlandes verdienen

Kein größer wirtschaftlicher und politischer Schweregrad war es in der Nachkriegszeit unter dem Häuflein Dreck der Sozialdemokraten, das materielle Dasein der Kriegsoffer einigermassen hübscher zu machen und die größten Entbehrungen zu schänken. Jährlich wurden weit über 1 1/2 Milliarden für die Versorgung der Kriegsoffer ausgegeben. Im Jahre 1928, unter der Regierung Hermann Müller, waren es über 1000 Millionen M. Seitdem ist der Abbau der Kriegsversorgung, vor allem unter der Regierung der Papen-Barone, derart zurückgegangen, daß im Jahre 1932 nur noch rund 1300 Millionen für die Kriegsoffer verwendet wurden: eine Kürzung von rund 500 Millionen oder fast 30 Proz.

Die große Bitterkeit, die diesem Unterstufungsabbau folgte, fand ihren Niederschlag in Anträgen, die im Reichstag zur Verbesserung des Loses der Kriegsoffer eingebracht wurden. Auch die nationalsozialistische Fraktion hat im Dezember 1932 Anträge gestellt, die die früheren Leistungen des Reiches für die Opfer des Krieges in vollem Umfang zurückverlangen. Danach sollten die durch den natürlichen Abgang in der Reichsversorgung eingeparteten Mittel zur Sicherung einer gerätlichen Altersversorgung der Kriegsoffer bereitgestellt werden. Außerdem verlangen die Nationalsozialisten, daß die in früheren Jahren neben den Kriegsveteranen gewährten Unterstufungen der Sozialversicherung in vollem Umfang wiederhergestellt werden.

Das war die Forderung der Nationalsozialisten im Dezember 1932, also vor etwa 10 Wochen. Anzweifeln haben sie die Regierung übernommen. Jetzt hat die Hitler-Regierung eine Verordnung zur Milderung der Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung erlassen. Sie paßt zu den Naziforderungen vom Dezember 1932 wie die Faust aufs Auge. Während die Nationalsozialisten dem Reichstag vor 10 Wochen der Meinung war, daß die Pflichten der deutschen Nation den Opfern des Krieges gegenüber in den Opfern und Leistungen des deutschen Soldatenums zu ausschließlich begründet sind, daß kein Staatsnotstand dazu berechtigt, die Gegenleistungen der Nation den Kriegsoffizieren durch Notverordnungen einzuschränken (Reichstagsantrag Nr. 234), sind die Nazis inzwischen anderer Ansicht geworden.

Start die Leistungen wieder einzuführen, die „marxistische“ Regierung bis zu einer Höhe von 1000 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, begnügt sich die Regierung Hitler damit, einen völlig falschen Teil der bestehenden Härten aufzuheben. Die Leistungen der Kriegsversorgung werden nicht um 500 Millionen erhöht, wie es dem Stande von 1928 entsprechen würde, sondern um ganze 28 Millionen! Was diese Summe bei einer Gesamtversorgung von jetzt jährlich 1300 Millionen Mark ausmacht, ist ohne weiteres einsehend und bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es ist keine Rede mehr davon, daß die früheren Renten wieder hergestellt und eine Altersversorgung für die Kriegsoffer eingeführt wird. Es werden noch nicht einmal die Unterstufungen der Sozialversicherung in vollem Umfang wieder aufgenommen. Von dem bisher ruhenden Belagtrag dieser Anwaltsrenten soll lediglich ein Drittel wieder gewährt werden. Außerdem soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Weisenernten vom 15. auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Der Papen-Papen-Notverordnungs war die Altersgrenze das 18. Lebensjahr.

An die Kriegsoffer!

Ein Aufruf

Der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegeshinterbliebenen wendet sich mit einem Aufruf an die deutschen Kriegsoffer.

„Die Staatsgewalt“ — beginnt der Aufruf — „geht vom Volke aus! Dieses verfassungsmäßige Grundrecht der Deutschen steht am 5. März zur Entscheidung. Ihr Kriegsoffer seid wieder zur Reichstagswahl aufgerufen. Zu dieser großen Auseinandersetzung eure Stimme zu erheben, habt ihr ein besonderes Recht. Wan hat von euch den Einsatz von Leben und Gesundheit gefordert, als im Weltkrieg um den Bestand von Reich und Volk ging. Wan kann euch nicht zumuten, feige zu schmeigeln, wenn es erneut um das Schicksal der Nation geht. Ihr habt das Vaterland in schwerster Zeit vornehmlich verteidigt. Ihr habt Gesundheit, Blut und Leben für sein Bestehen eingesetzt. Niemand darf es wagen, euch als Menschen ohne Nationalgefühl zu beschimpfen.“

Das Kernstück des Aufrufs besteht in einer wirkungsvollen Gegenüberstellung dessen, was die Kriegsoffer fordern und abgeben. Es lautet:

- „Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!“
- „Wir wollen begreifen, was wir seit der Staatsumwälzung 1918 zü erlitten haben.“
- „Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.“
- „Wir wollen wiedergeboren, als wirtschaftliche

Kriegsfolgen und ihre Kräfte durch Notverordnungen was zerstört haben.

Wir wollen nicht zurück zur Militärversorgung der Vorkriegszeit, zu Ehrenlohn und Kitzeln.

Wir wollen begreifen, was wir seit der Staatsumwälzung 1918 zü erlitten haben. Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wie Deutschland den Krieg verlor

Nach heldenmütigem Abwehrkampf des deutschen Volkes / Die Friedensforderung der Obersten Heeresleitung

Wie war es Ende 1918? Hier ist ein drit jüngerer Schreiben, das dennoch nicht oft genug dem Volk ins Gedächtnis gerufen werden kann. Wir empfehlen dies Schreiben der besonderen Beachtung aller Wähler der nationalsozialistischen Front. Es lautet:

Berlin, 3. Oktober 1918.

An den Herrn Reichstagsleiter!

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf Ihrer am Sonntag, dem 28. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der marxistischen Front,

weil die Opfer der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaft sind.

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Wir wollen, daß die Kriegsoffer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen einschuldet werden.

Wir wollen den Sozialhaat, wir wollen den Staat der Volkswohl-fahrt!

Wir wollen, daß alle Kriegsoffer sich in Staat und Wirtschaft ihren Anteil erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, daß die Kriegsoffer als Berechtigter der deutschen Scholle von ihrem Recht ausgeschlossen sind.

Die nationale Blaupur: Dreizehn Schwerverletzte

Schüsse nach der Brüning-Rundgebung

Der ehemalige Reichstagsleiter muß unter Polizeideckung Kaiserslautern verlassen

Eigener Bericht

Stuttgart, 21. Februar.

Am Anschlag an eine Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums in Kaiserslautern, bei dem Bombenabwurf stattfand, geiffen Nationalsozialisten Dr. Brüning und die Verfassungsbekämpfer an.

Dr. Brüning mußte unter polizeilicher Bedeckung aus der Stadt geleitet werden. Ein später gebildeter Festzug wurde von einer schreienden Menschenmenge angefallen, wobei drei über die Stadtgrenze hinaus geleitet wurden. Auf dem Marktplatz entwickelte sich zu gleicher Zeit eine schwere Schlägerei, so daß sich das den Zug begleitende Ueberfallkommando beurlaubt sah, die Straße wiederum zu räumen. Auf dem Wege

verbündeten zahllose Opfer zu ersparen. Jeder verläumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

„Sindenburg“, Generalsekretär des Reichsbundes der Arbeiter, hat sich in seiner Schrift „Der Jugendbergkonzern“, einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, daß nach Antritt der Operationsabteilung Sindenburg der Krieg verloren sei.“ Am 19. Juli 1918. Wer wagt angeht! dieser Zeugnisse die Volkstafelung zu vertieren?

Jugendberg und Osthilfe

Wie er den Standal unterfuchen lassen will

Die Reichsregierung kündigt an, daß sie eine Kommission zur Prüfung der Möglichkeiten in der Osthilfe einsetzen will, der acht Abgeordnete verschiedener Reichstagsfraktionen unter Ausschluß der Kommunisten angehören sollen. Als Vorsitzender dieser Regierungskommission ist der frühere deutschnationale Reichswirtschaftsminister Neuhaus in Aussicht genommen.

Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.

als die Aufforderung Jugenbergs an die Abgeordneten zur Mitwirkung an dem von ihm eingeleiteten Ausschuss bisher keine Sicherungen für eine völlig objektive Unterstufung enthält. Auch ist nichts darüber bekannt, ob die Ergebnisse der Unterstufung der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen.

Der Ausschluß der Kommunisten von der Unterstufung der Unterstufung der Osthilfe ist einseitig und unbegründet.

Aufgehobene Verbote

Neue Verbote

Seit dem 1. Februar werden die Setzungen der „Marxisten“ wie am laufenden Band verboten. Wie wenig stichhaltig viele Verbotsgründe sind, beweisen die Urteile des Reichsgerichts. Der Bekanntheit des „Vorwärts“-Verbots ist zum 5. Strafamt stattgegeben. Das Verbot für rechtsmäßig erklärt worden. Den gleichen Erfolg haben jetzt folgende sozialdemokratische Blätter beim Reichsgericht erlangt: „Volkswacht“, „Trier“, „Volkswacht“, „Breslau“, „Volkswacht“.

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungs-ausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungs-ausschuss ausschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Unterstufung der Osthilfe schon infolgedessen nicht in Frage kommen.“

„Die Osthilfe des Herrn Jugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Deutschen gegen eine Unterstufung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsversammlung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmäßige Organ für solche Unterstufungen der Ueberwachungs-ausschuss

Die Wahlveranstaltungen der Eisernen Front

Am Freitag, dem 24. Februar, abends 7.30 Uhr, findet im "Neuen Schützenhaus" eine öffentliche Wahlveranstaltung der Eisernen Front statt.

Vorgelesen und bereits politisch angemeldet sind eine weitere öffentliche Wahlveranstaltung am Freitag, dem 3. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus".

Weiter für Sonnabend, dem 4. März, abends 6 Uhr, eine Demonstration und Wahlveranstaltung - für Freitag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im "Neuen Schützenhaus".

Sarazburger Freundschaften

Die Freundschaft innerhalb der nationalen Front scheint nicht sehr beliebt zu sein. Ueber eine Verammlung der NSDAP, entnehmen wir einem bürgerlichen Bericht, daß der Nazi-Stadtverordnete Riege erklärt habe, die NSDAP müsse geschlossen dastehen dem sie, trotz aller Blod, Wädhden, und Ritenverordnungen, wie zum Beispiel der schwarzweißrote Blod, noch nicht zusammenfassen, um neue Mandate zu retten.

Wir vergehen indes weiter, daß nach dem gleichen Bericht der Nazi-Führer Vogt (Zellau) erklärt hat: "Sicher geht lebend von dem Kampferposten nicht wieder herunter".

Man wird das im Gedächtnis behalten müssen!

Wahl-Wahllokal in Osterfeld

Für die freiwählenden Wähler der Leipziger Meise ist in Osterfeld ein Wahllokal eingerichtet worden, in dem sowohl für die Freiwählenden Wahllokal als auch für den Reichstag gewählt werden kann.

Urof. Cordebat, Arbeiter-Samariter. In der Jahresversammlung der hiesigen Arbeiter-Samariter wurde Fr. J. Röde zum Vorsitzenden, Max Grottel zum Kassierer und Walter Schulze zum Schriftführer gewählt.

Kreis Querfurt

Am Donnerstag, dem 9. Uhr, vertiegte die Oberförsterei Querfurt im Gasthaus Herbst Brennholz aus den verschiedensten Bodeisäben.

Obbauern. Der Bildungsausschuss findet heute Abend nicht statt, dafür Sonnabend eine öffentliche Versammlung mit einem Redner aus dem Ort. Thema: "Zurück zum Reich!"

Saalkreis

Konflikt mit dem Pfarrer

Afherden. Der hiesige Pfarrer ist über 30 Jahre in Afherden im Amt. Bei der letzten Jahreswahl ist wohl zum erstenmal eine oppositionelle Liste aufgestellt worden, welche die Mehrheit auf sich vereinigen konnte, trotzdem Hunderte von Wählern nicht in die Stimmliste eingetragen waren. Ein Zeichen, daß der Mann, der befehligt ist, auch zwischen Schulvorstand und dem Pfarrer herbeiführt schon seit Aufhebung des letzten Schulvorstandes der offene Konflikt.

Nach der Renunz der Gemeindevorstellung wird auch der Schulvorstand neu gewählt. Unsere Genossen im Schulvorstand haben in der letzten Periode reinen Tisch geschlagen und ihre Pflichten treu erfüllt. Dessen wird, daß die Wähler am 12. März die Lehren daraus ziehen und nur die sozialdemokratische Liste zur Gemeindevorstellung zum Siege verhelfen, dann wird die ins Rollen getommene Saale zwischen Kirche und Schule und Gemeinde andererseits völlig zum Besten der Schule ausfallen.

Konsumverein Dölan

Dölan. Am Sonntag hielt der Allgemeine Konsumverein Dölan seine Generalversammlung ab. Zur außerordentlichen Besprechung der Bilanz über an ihrem Unternehmen. Der Umsatz für 1932 betrug laut Abschluß der Bücher 227.028,85 M., gegen 314.529,71 M., mithin 87.500,86 M. weniger als im Geschäftsjahre 1931.

Die Zukunft des Leunawerkes

Welches Interesse haben die Arbeitnehmer am Stahlfabrikat?

In einem Artikel in Nr. 42 unseres Blattes haben wir die Entwicklung und die augenblickliche Lage der Stahlfabrikindustrie geschildert. Heute wollen wir die Ausblicke untersuchen, inwieweit in Zukunft Arbeiter und Angestellte darauf rechnen können, in der Stahlfabrikindustrie, insbesondere auch im Leunawerk, Beschäftigung zu finden.

Man begegnet in der mitteldeutschen Bevölkerung über die Einstellungen in den überprüfenden Gerichten. So hörte man auch, daß die Rentenverwaltung am 14. Juni 1932 hier wirklich angetroffen hätte. Als die Regierung Papen versprochen, hörte man sogar, daß Schlichter dafür gezeigt hätte.

Die wirtschaftlichen Gründe für die Entlassungen und auch für die Einstellungen im Leunawerk liegen ja auch auf einem ganz anderen Gebiete. Die 1700 Neueinstellungen im Leunawerk haben es nicht irgendeiner einmaligen Regierungspolitik zu verdanken, daß sie wieder einmal einen Arbeitsplatz erhielten, sondern eben der von uns schon geschilderten eigenartigen Lage der Stahlfabrikindustrie.

streben der kapitalistischen Wirtschaft. Zur Führung der Kämpfe um die Absatzmärkte wurden die Produktionsmittel rationalisiert und vermehrt. Nach dem von uns geschilderten Kampfe erhalten die Beteiligten nun eine Vierungsmenge betraglich zugeführt und die nicht ausgenutzten Betriebsanlagen werden eben von den Verbrauchern vernichtet, weil die Preise auch vertraglich geregelt sind.

Die Arbeiter und Angestellten sehen, welche Macht dort verortet wird. Die Leunawerker müssen also nun, moorn ihr Los abhängig ist. Sie sollten sich deshalb in ihrem Syndikat, in der freien Gewerkschaft und in der Sozialdemokratie zusammenschließen, damit auch ihre Forderungen stellen können, auch ihre Wäre die Arbeitskraft zu vollen Wert verkaufen können.

Die Einstellungen im Leunawerk sind im Augenblick wieder einmal vorübergehend abgeschlossen. Die letzten 800 Mann sind nur befristet auf ein halbes Jahr eingestellt. Man hört zwar, daß diese Arbeiter später mit Reparaturarbeiten und Instandhaltungsarbeiten beschäftigt werden sollen, bis die neue Periode wieder einsetzt. Das wird im September-Oktober sein.

immer so eingestellt sein, daß wenig Borräte liegen bleiben. So ist es auch im Leunawerk. Stellt ein Absatzgebiet aus, dann gibt es einen Rück in der Beschäftigung, kommen größere Mengen hinzu, werden mehr Arbeitsträfte eingestellt.

Das Leunawerk war seit seinem Bestehen nie in irgendeine Krise hineingekommen. Ohne irgendwelche großen Schwankungen ist es mit dem Ausbau und der Umgestaltung der Anlagen immer nach oben gegangen. Das ist seit dem Jahre 1929 vorbild.

Auch das Leunawerk ist ein Betrieb geworden, der auf die höchsten Schwankungen innerhalb der Wirtschaft reagiert.

Jwar wird man versuchen, in der Sommerzeit, wenn der Bedarf an Stahlfabrikat ruht, gleichmäßig zu produzieren, aber die Höhe der Produktion wird nie mehr so anstehen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Es wird planmäßig nach dem zu erwartenden Verbrauch produziert werden. Es ist also stärker als in der Vergangenheit für die Arbeiterkraft der Saisoncharakter entstanden.

Wir sehen aus dem bisher Berichteten, daß die Produktion im Leunawerk zu einem erheblichen Teile auch als Ausfuhr in Frage kommt. Es ist ungefähr so, daß die Hälfte der Produktion in das Ausland geht und die andere Hälfte im Inland verbraucht wird. Es kommt also der wichtige Faktor der Regierungspolitik dazu.

Haben wir eine Regierung, die in ständigem Handbätzig mit den anderen Völkern liegt, dann werden die Einfuhrbedingungen in die ausländischen Staaten immer strenger werden und eines schönen Tages werden viele Absatzgebiete verloren sein.

Weil aber die deutschen Stahlfabrikanten in der Lage sind, fast den größten Teil der geforderten Welt zu liefern, kann man sich ausmalen, wieviel Stahlfabrikanten und Angestellte kostenlos werden müssen, wenn die Regierungspolitik die Exportarbeiten in ihren Interessen trifft.

Der Leunawerker und -angestellte ist heute den Wirtschaftsschwankungen unterworfen genau wie viele Klassen Genossen in allen anderen Industrien. Er kann diese Verhältnisse nur meistern, wenn er sich zusammenschließt in der freigezwecklichen Organisation und im vollen Bewußtsein seiner Kraft seine Rechte fordert.

Zugelassene Wahlvorschlüge

Der Kreiswahlprüfung des Wahlkreises 11 (Merseburg) hielt am Dienstagvormittag eine Sitzung ab, in der die zur Reichstagswahl eingereichten Kreiswahlvorschlüge in folgender Reihenfolge zugelassen wurden:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Deutsche Zentrumspartei,
5. Kampfront Schwarz-Weiß-Rot,
7. Deutsche Volkspartei,
8. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
9. Deutsche Staatspartei,
10. Deutsche Bauernpartei.

Es sind also zugelassen die Vorschläge für die Wirtschaftspartei, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer und die Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Für die Landtagswahl wurden folgende Kreiswahlvorschlüge zugelassen:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Deutsche Zentrumspartei,
5. Kampfront Schwarz-Weiß-Rot,
7. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
8. Deutsche Staatspartei,
9. Landwirte, Haus- und Grundbesitzer,
10. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern,
11. Rabaliter Mittelstand.

Abgelehnt wurden die Wahlvorschlüge Freiwählender Mittelstand, Christliche Bewegung Deutschlands und Wirtschaftspartei.

Hervorheben ist noch, daß die Deutschen in ihrer Namen getrieben haben und nunmehr unter dem Namen Kampfront Schwarz-Weiß-Rot auf dem Stimmzettel erscheinen werden. Der Name "Volkspartei" dient ja lediglich nur als Reklame in der demokratischen Republik und ist jetzt im Zeichen des autoritären Regimes überflüssig geworden.

an Stelle von A. Damm, welcher verziehtet, wurde A. B. Hoffmann. Der Ausschussvorsitzende sprach dem scheidenden Genossen Damm seinen Dank für die mühselige, der Genossenschaft dienende Arbeit aus. Das Verhalten der SPD-Mitglieder sei mit Rücksicht auf die Einheitsparteien über nicht erwähnt, doch sei festgehalten, nachdem dem Vorstand einstimmig Entlassung erteilt war und die Neuwahl getätigt wurde, gradie es ein Kommunist Fritz Mant fertig, der Verwaltung das Mißtrauen auszusprechen und als Kassierer Gottlob Röber vorzuschlagen. Wahlrechtlich ist es von der Verwaltung überföhrt worden, aber man hat den Spruch nicht erlangt. Eine Dividende von 8,5 Prozent konnte zur Auszahlung gebracht werden.

Das Märchen vom Betriebsmarxismus

Das völlige Veragen der "nationalen" Arbeiterräte

In einer auf einer Führerversammlung der nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen angenommenen Entscheidung werden die nationalen Arbeiterausgewählte durch Eroberung der Werke sich ihre Arbeitsplätze zu sichern; insbesondere sollen sie für den letzten Rest Freiheit, der noch 14jähriger marxistisch-gewerkschaftlicher Systemkritik verbleibt ist, kämpfen. Wörtlich wird gesagt: "Die Vergangenheit hat uns gezeigt, welche wertvolle Arbeit nationale verantwortungsfreudige Betriebsräte bei Entlassungen, bei Kurzarbeit und Feiertagen u. a. m. für die nationale Arbeiterschaft zu leisten vermögen."

Es lobt sich, die tatsächlich geleistete Arbeit der nationalen Betriebsräte diesen Geschicksel gegenüberzustellen. Wir greifen deshalb einen Betrieb heraus,

die Renner Kohlenwerke, wo die Gelehen seit den letzten Betriebsratswahlen die Mehrheit haben. Der Vorsitzende des dortigen Arbeiterrates ist R. Steindorf, der gleichzeitig auch der Führer der Werksgemeinschaft ist. Dieser nationale Arbeiterführer hat einige Tage vor der letzten Betriebsratswahl 1931 ein Rundschreiben an die Betriebsratsmitglieder verfaßt, in dem er sagte, daß eine nationale Mehrheit im Betriebsrat dafür sorgen wird, daß die Arbeitspläne gelidert werden, daß keine Feiertage mehr verfahren werden und daß ein Lohnabbau für die Zukunft ausgeschlossen" sei. Diese Verordnungen trugen dazu bei, daß die Gelehen den Betriebsrat beherrschen.

Zusätzlich ist über die Betriebsräte die Ernüchterung gekommen, denn keine der genannten Verordnungen hat dieser verantwortungsfreudige nationale Betriebsrat eingestift.

Seit 1931 ist heute verfahren die Renner Kohlenwerke nördentlich zwei bis drei Feiertagen. Allein im Jahre 1932 kommen dort auf jedes Betriebsratsmitglied im Durchschnitt 35 Feiertagen. Selbst den Mitgliedern der Betriebsgemeinschaft hat man die Feiertage, nachdem der Wähler sein Schuldigkeits getan hat, bis auf nichts gelidert. In Herr Steindorf hält es noch nicht einmal für notwendig, wenn die Verfehlung es unterläßt, dem Arbeitssatz die verfahrenen Feiertage mitzuteilen, dies dann als Vertreter der Betriebsräte selbst zu tun. So barmen es die Betriebsleitung und dieser kampflose Arbeitervertreter unterlassen, die Feiertage der Betriebsräte für die Wähler vor und nach dem in vorigen Jahre dem Arbeitssatz mitzuteilen, obwohl der Arbeitsplan des Werkes dem Arbeitssatz zugestellt war,

Dadurch können der Betriebsrat laufende von Markt verloren gegangen, wenn nicht das einzige freigezweckliche Arbeiterratsmitglied, gemeinsam mit dem Verband der Bergbauindustriearbeiter, der Betriebsrat zu ihrem Rechte verhalten. So etwas nennt man dann nationale verantwortungsfreudige Arbeit.

Wie sieht es nun mit der Interessensvertretung der Betriebsräte gegenüber der Betriebsleitung aus?

Von den Besugnissen des Betriebsrates, die sich aus dem Betriebsratsgesetz ergeben, Betriebsbedingungen vorzunehmen und die Betriebsrat vor Unfällen zu schützen, bei den Befragungen mitzuwirken, die Einprüche der entlassenen Betriebsratsmitglieder zu prüfen und darauf zu achten, daß der Tarifvertrag eingehalten wird, wurde von dem nationalen Betriebsrat kein Gebrauch gemacht. Die Unfälle auf dem Renner Kohlenwerke sind nicht gering. Im verfloffenen Jahre mußten dort zwei tödliche Unfälle kurz hintereinander registriert werden. Die Strafen werden von der Betriebsleitung willkürlich festgelegt und sind ebenfalls nicht gering.

Der Tarifvertrag greift dort überhaupt nicht mehr.

Stet steht, daß in der Grube und auf dem Raum Arbeiter unter Tarif entlohn werden. So gar die Frachtpausen werden der Betriebsrat freitrag gemacht. Die Einprüche der Entlassenen werden systematisch abgelehnt. Im März und April vergangen Jahres wurden ungefähr 60 Arbeiter entlassen, darunter viele Familienbäder.

Die Einprüche wurden von dem nationalen Arbeiterrat abgelehnt und die Klagen unmöglich gemacht.

Am den Arbeitssätzen dieser Familienbäder werden aber lobige Arbeiter beschäftigt. Diese Serie konnte mit Bescheiden aus anderen Werken beschief fortgesetzt werden. Die angeführten Beispiele genügen aber, um die wirklich geleistete Arbeit zu kennzeichnen.

Dem kurz wollen wir an einer Zahl die Arbeitsleistung der freigezwecklichen Betriebsräte gegenüberstellen. Allein im dritten Quartal des Jahres 1931 wurden aus Einprüchen und Sozialfragen vor den Betriebsgerichten im Bezirk Halle die Summe von 17.794,16 M. erstritten. Wenn dies möglich war, so nur mit Hilfe der freigezwecklichen Betriebsräte, die damals unter dem Namen

Vierzehn Jahre Angestelltenrecht

Und was kommt nun?

Eisenbahner für die freie Gewerkschaft

RSD. beziffert 50 Prozent — Regis stehen gar keinen Vorschlag ein

In dem zum Bezirk Halle gehörenden Reichsbahnausbefferungsbereich Coburg sind schon jetzt eine Anzahl der örtlichen Betriebsvereinigungen, weil eine Veranschlagung der alten Betriebsvereinbarung, die der letzten Wahl größere Entlassungen vorgekommen sind, ist ein Vergleich nur möglich durch Ersetzung des proportionalen Anteils der einzelnen Veranschlagten von der Zahl der Wahlberechtigten.

Der freigebergschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands erzielt 59 Stimmen — 72 Prozent

(bei der Wahl 1931 61 Prozent), der Reichsbahnerische 127 Stimmen — 17 Prozent (19 Prozent), die RSD 66 Stimmen — 8,8 Prozent (16,4 Prozent). Die übrigen 60, der Stahlbahn und auch die Regis hatten Vorschläge, die nicht eingereicht wurden, weil sie nicht so viel Anhänger hatten, wie zum Zustandekommen solcher Listen notwendig sind.

Diese erste Wahl vor den allgemeinen im Mai stattfindenden Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn beweist mit aller Deutlichkeit, daß der Einfluß der freigebergschaftlichen Organisation noch stärker geworden ist und gerade in dieser schweren Zeit die Eisenbahner in übermäßigem Maße im vollen Vertrauen zum Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands stehen.

Die Beschlüsse haben bei den kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit, zwischen solcher wachsenden Interessensvertretung und verlorener Prärogative der gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu entscheiden. Der Klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften.

Die Beschlüsse haben bei den kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit, zwischen solcher wachsenden Interessensvertretung und verlorener Prärogative der gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu entscheiden. Der Klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften.

Die Beschlüsse haben bei den kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit, zwischen solcher wachsenden Interessensvertretung und verlorener Prärogative der gelben „nationalen“ Arbeitervereine zu entscheiden. Der Klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften.

Kreis Liebenwerda

Das Liebenwerda. Zeigener spricht heute. Mittwoch, freitags abends um 8 Uhr der bekannte Sozial- und Kulturpolitiker Dr. E. Zeigener (Leipzig) in der „Reinhold“ über wichtige politische und kulturelle Probleme.

Grünwalde. Die Winterhilfe der Gemeinde verteilt am Sonntag an die Erwerbslosen Brot und Schmalz. Da die Zahl der Erwerbslosen sich im letzten Monat durch die Entlassungen in der Kohna-Grube merklich gesteigert hat, wird die Brot- und Schmalzgabe, welche am Sonntagabend nicht zu Ende geführt werden konnte, am 25. Februar abgeschlossen. Die bisher nicht bedachten Erwerbslosen haben sich am Sonntagabend, dem 25. Februar, vormittags von 10 bis 12 Uhr, bei der Protasogabeln zu melden.

Grünwalde. Die Entlassungen an Grippe haben besonders unter den Kindern merklichen Umfang angenommen. Von einigen Schulklassen ist mehr als die Hälfte der Schüler erkrankt. Zum Samstagsabend besteht es sich um leichtere Krankheitsfälle.

Jedes neulene Zeitungsblatt weitergeben

Am 14. Januar d. J. wurde von der Strafammer in Halle eine Reihe Einwohner aus Holzweißig wegen schwerer Eisenbahndiebstahle zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Zwei der Angeklagten, der 33jährige Bauer Winter und der 43jährige Josef Zierack, die zu 5 Jahren Zuchthaus bzw. 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, hatten sich nun auch noch vor dem Schwurgericht in Halle

wegen verurteilten Diebstahls zu verantworten. Das Gericht sprach sie schuldig und verhängte wegen dieses Falles zu den bisherigen Strafen noch Zusatzstrafen. Unter Einrechnung der oben erwähnten Strafen wurde Winter zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Freiheitsstrafe und Zierack zu einer solchen von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Winter wurde außerdem die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht festgestellt.

Die beiden Angeklagten wurde vorgeworfen, in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1933 in der Nähe des Güterbahnhofes in Delitzsch auf die sie stehenden Bahnpolizeibeamten geschossen zu haben. Beide bestritten, wie schon in der Verhandlung vor der Strafammer, daß sie geschossen hätten. Sie meinten, es wären noch andere verdächtige Personen in der Nähe gewesen, möglicherweise hätten die Beamten ihre eigenen Schüsse (da es mehrere Beamte waren) als von vermeintlichen Tätern abgegeben angesehen. Winter hatte allerdings das Beden, daß er, nachdem er von einem Polizeischuß getrefft und zu Boden geschlagen worden war, er hatte außerdem einen Arm verletzt bekommen,

Kreis Delitzsch

Zehn Jahre Zuchthaus

Zusatzstrafen für die Holzweißiger Eisenbahnräuber

wegen verurteilten Diebstahls zu verantworten. Das Gericht sprach sie schuldig und verhängte wegen dieses Falles zu den bisherigen Strafen noch Zusatzstrafen. Unter Einrechnung der oben erwähnten Strafen wurde Winter zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Freiheitsstrafe und Zierack zu einer solchen von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Winter wurde außerdem die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht festgestellt.

Die beiden Angeklagten wurde vorgeworfen, in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1933 in der Nähe des Güterbahnhofes in Delitzsch auf die sie stehenden Bahnpolizeibeamten geschossen zu haben. Beide bestritten, wie schon in der Verhandlung vor der Strafammer, daß sie geschossen hätten. Sie meinten, es wären noch andere verdächtige Personen in der Nähe gewesen, möglicherweise hätten die Beamten ihre eigenen Schüsse (da es mehrere Beamte waren) als von vermeintlichen Tätern abgegeben angesehen. Winter hatte allerdings das Beden, daß er, nachdem er von einem Polizeischuß getrefft und zu Boden geschlagen worden war, er hatte außerdem einen Arm verletzt bekommen,

auf einer Pistole lag. Diese Waffe sollte, so sagte er, zu fällig dort gelegen haben oder aber ein Beamter hätte sie ihm „ins Kreuz geschossen“. Das wurde ihm natürlich nicht geglaubt. Die von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends dauernde Verhandlung ergab keine

Am Sonntag und Montag hielt das Reichsamt für Arbeit und Sozialwesen ein

„Wirtschaftsprogramm, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienst“

Der Referent stimmte seine ausgesprochenen Ausführungen in der Hauptsache ab auf die Darstellung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands und die Lage der Arbeiterklasse.

Am Sonntagabend sprach Dr. Otto Suhr (Berlin) über

„Demokratie, Verfassung, Koalitionsfreiheit usw.“

Der Redner gab einleitend einen weitläufigen Überblick über die geschichtliche Entwicklung, die anders liegen als die Geschichtsklitterungen, mit denen man den sogenannten „Rommerbedauern“ heute die Schuld an der Krise zur Last legt. Das Wesen der demokratischen Republik veranschaulichte der Redner an den Beispielen England, Amerika und Frankreich. Besonders Frankreich hat eine glücklichere Wirtschaftsstruktur bekommen, als es im Jahre 1789 seinen Grundriss erhielt. Geschichtliche Umwälzungen müssen allgemein während des revolutionären Krieges geschehen. Die Weimarer Verfassung wollte oder mußte viele Dinge der Zukunft vorbehalten, dadurch belastete man die Zukunft vor.

Man wollte eine Wirtschaftsverfassung schaffen, die ohne Terror nur sich geben konnte, die erreicht werden konnte, ohne die Kulturböse zu gefährden. Der Versuch der republikanischen Regierungen der letzten vierzehn Jahre ist im Grunde genommen, einen Ausgleich zu schaffen zwischen allen Interessen (Industrie, Arbeiter, Arbeiterklasse und Mittelstand).

Der von Hitler angeführte „Kampf gegen den Marxismus“ ist so zu verstehen, daß bei dem neuen Ausgleich der Kräfte die Arbeiterklasse und die Angehörigen ausfallen soll.

Eingehend kam der Redner dann auf die Herrschaft der Bürokratie zu sprechen, die verhängnisvoll gemein ist und sofort nach der Revolution große Teile der Aufgaben des Parlamentes an sich gerissen hat. Der Antisemitismus orientierte sich an den höheren Schichten. Ihm kam es lediglich auf die Erhaltung seines Lebensstandes an. Ein besonderes Kapitel spielt hier die Justiz. Diese Bürokratie hat

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Am Sonntagvormittag begann der zweite Teil

Kreis Jorgau

Einheitsliste für die Gemeindevahlen

Kommunisten drücken dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ihr Vertrauen aus

Dauischen. Der Vorliegende des Ortsvereins der SPD. hatte am 17. Februar eine Versammlung anberaumt, zu der er die Wähler der SPD. und auch der KPD. geladen hatte. Zum Thema stand: Anstellung der Kandidatenliste zur Gemeindevahlenwahl. Der Gemeindevorsteher Genosse Wilhelm Schugl führte in kurzen Zügen aus, was die Arbeiterbewegung seit Erringung der Mehrheit im Gemeindepalament geleistet hat. Bekanntlich hatte bei den Gemeindevahlen am 17. No-

vember 1929 die Liste der SPD. die Mehrheit errungen und konnte somit auch den Gemeindevorsteherposten für sich beanspruchen. Es ist in den Jahren der Antipathie der Sozialisten Schugl erprobte Arbeit zum Wohle der Gemeinde geleistet worden. Dies mußte selbst unbefangene Betrachter von der bürgerlichen Seite zugeben. Jedenfalls kann als Vertrauensvotum für die Liste der SPD. gewählt werden: Hiltnerführer ist W. Schugl. Dieser Vorschlag wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen.

Zur weiteren Vervollständigung der Liste wurden alle erprobte Genossen in Vorschlag gebracht. Alle Vorschläge wurden fast reiflos einstimmig angenommen.

Der Ausführlichkeit halber sei hier noch gesagt, daß auch kommunistisch orientierte Genossen auf der Liste der SPD. an ausführender Stelle stehen. Diesem ist auch diesem Wunsch der kommunistisch eingestellten Bevölkerung Rechnung getragen worden. Alles in allem bedeutet die Zusammenstellung dieser Liste eine sehr glückliche Lösung.

Alle Arbeiterschaft von Dauischen und alle, die ihr auch mit ihr verbunden sind: Am 5. und 12. März wird sozialistisch gewählt! Freiheit!

Kreis Jorgau

Kreisstadts- und Stadtverordneten-kandidaten aufgestellt

Die Kreisversammlung der Kandidaten für den Kreisstadtsrat in Dauischen wurde am 12. März abgehalten. Die Kandidaten sind: Ernst Eich (Jorgau), Lehmann (Annaberg), Jensch (Jorgau), Werner (Belgern) und Siebo (Schönbach) an den ersten Stellen.

Für die Stadtverordnetenversammlung in Jorgau wurde von der SPD. ebenfalls die Liste aufgestellt. Dort wird die Liste durch den Genossen Jensch geführt. Es folgen hier die bisherigen Stadtverordneten Jensch, Zuppata, Dähne und Schärjig.

Vorschlag der SPD. in Dommitzsch

Dommitzsch. Am Sonntagvormittag hat gefundene Mitgliederversammlung der SPD. ordentlichem Stande und beschloß die Einreichung einer Vorschlagsliste mit den Genossen Wilhelm Werner, Karl Fischer, Peter Wegmann, Emil Klemann, Hermann Müller, Martin Seindl, Otto Strafe jun. und Karl Gentz. Die Genossen Werner und Wegmann gehörten bereits dem letzten Stadtpalament an und haben, soweit das bei letzteren durch wertigen Einwohnern nachge-

einige neue Klassenfremdung Platz gewinnen lassen.

Die neue unglückliche Witterungen ist die mit den „mohrwordenen Rechten“ und auf der anderen Seite der Reich, der jeden Tag auf die Straße fliegen kann.

Interessant und ausführlich waren auf die Darlegungen, die Dr. Kirshheimer über die Entwicklung des Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse an verschiedenen Beispielen machte und die ein bestimmendes Licht warfen auf die unumgänglichen Entscheidungen, die in der jüngsten Vergangenheit von den entsprechenden Instanzen getroffen worden sind.

Die heute eine so große Rolle spielenden Fragen wie Wahlreform, Herabsetzung des Alters, Einschränkung des Parlamentarismus u. a. durch Unabhängigmachung des Reichspräsidenten bilden die Grundlage für die weiteren Betrachtungen. Auf die gesetzlichen Absichten, den Reichstag zu einer vereinfachten Ersten Kammer umzugestalten, wurde vom Referenten ebenfalls hingewiesen. Das würde lediglich die bedingungslose Verdrängung der Bürokratie zur Folge haben.

Die Wege der Zukunft werden nicht mehr durch Koalitionen ausgeführt. Die nächsten Tagesordnungspunkte werden lauten: Sozialordnung und Abschaffung des Großgrundbesitzes. Bis dahin werden wir bei der Betrachtung der Verfassungsfragen entbehren sein.

Die rege von einmütigen Willen getragene Aussprache hing aus in der außerordentlichen Höhe, daß es dem Reichstag nicht gelingen wird, die Gewerkschaften niederzuringen. Mehr denn je lautet

die Aufgabe: rastlos werden und tätig sein für die Gewerkschaften

und mit Ruhe und Beharrlichkeit die kommenden Situationen wie alle früheren zu meistern.

und mit Ruhe und Beharrlichkeit die kommenden Situationen wie alle früheren zu meistern.

und mit Ruhe und Beharrlichkeit die kommenden Situationen wie alle früheren zu meistern.

und mit Ruhe und Beharrlichkeit die kommenden Situationen wie alle früheren zu meistern.

und mit Ruhe und Beharrlichkeit die kommenden Situationen wie alle früheren zu meistern.

Sport und Spiel

Rot-Weiß Halle im Leipziger Bezirk

Um die Spielfläche im 6. Bezirk wieder zu haben, beschloß die Rot-Weiß Halle im Leipziger Bezirk am Sonntag, dem 12. März, Rot-Weiß und auch Beachball spielen in einer Gruppe der II. Klasse. Es sind folgende Spiele angesetzt: 12. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. März: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. April: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. Mai: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Juni: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. Juli: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. August: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. September: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. Oktober: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. November: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. Dezember: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 31. Januar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 1. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 2. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 3. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 4. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 5. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 6. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 7. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 8. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 9. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 10. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 11. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 12. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 13. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 14. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 15. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 16. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 17. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 18. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 19. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 20. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 21. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 22. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 23. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 24. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 25. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 26. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 27. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 28. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 29. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dannewitz; 30. Februar: 16 Uhr: Rot-Weiß gegen Dan

Gefährliche Lohnabbau-Vorstöße

Immer gegen Arbeiter

Deutschland verjüngt sich. Die schlaue Elite wird jetzt hochmoderner. Der Hungerriemen wird noch enger geschnürt. In einer ganzen Reihe von Anbaurücklagen machen die Unternehmer Miene, nun in der Lohnfrage auf Gänge zu gehen.

Wundern kann man sich darüber nicht. Die neuen Lohnabbauvorstöße stellen sich nicht so ungefähr ein. Die Schärfer machen glauben, daß jetzt ihre Zeit gekommen ist. In verschiedenen Stellen sind sie plötzlich wieder sehr aktiv. Nicht nur aus dem Baugewerbe, worüber wir bereits berichtet haben, auch aus der Textilindustrie, aus dem Holzgewerbe, aus dem Glasindustrie und vor allem aus der Landwirtschaft kommen recht unerwartliche Meldungen.

Bei den Aandbunda-grazieren scheint in der Lohnfrage jede Vernunft reflexlos zum Teufel gegangen zu sein. Die furchtbaren Vermittlungen des zweijährigen wirtschaftsverstörenden Lohnab-

baus haben auf diese Herrschaften, die heute im neuen Kurs ein gemäßigtes Wort mitzureden haben, nicht den geringsten Eindruck gemacht. Sie fordern eine weitere Verringerung der bereits unheimlich tief gesunkenen und heute wahrhaft jämmerlich niedrigen Löhne. Da sie mit der Unterstützung eines neuen Lohnabbaus ihre Ware bei verminderter Kaufkraft loswerden, kümmern sie sich nicht. Woju solche Sorgen? Die neue Regierung ist ja ihre Regierung. Selbstverständlich sind die ärgsten Diktatorien auch die ärgsten Lohnsenker.

Die Arbeitgebergruppe des pommerischen Bundes im Kreis Uckermünde verlangt von der Gewerkschaft des Deutschen Anbauvereins in Stettin die Einwilligung in eine Senkung der Stundenlöhne der Freiarbeiter von 38 auf 25 Pfennig, also sage und schreibe um 13 Pfennig. Die Bezüge der Uckermünder und der Sonntagsarbeit, für die der Tarifvertrag bisher einen einheitlichen Satz von 51 Pfennig in der Spitze vorsah, soll auf 30 Pfennig, also um 21 Pfennig pro

Stunde herabgesetzt werden. Auch die Löhne der Halbdarstellerinnen und Frauen sollen eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Für den Kreis Uckermünde-Wollin liegen ähnliche Forderungen vor. Offen sind in anderen Kreisen die Tarife abgeändert worden, und man muß sich auch hier auf ähnliche Hemmungsfestsetzungen der Großarbeiter gefaßt machen, wie sie im Kreis Uckermünde in der Gewerkschaft getrieben sind. Unter den Landarbeitern herrscht angefaßt der neue Lohnabbauforderungen ungeheure Erregung.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß sich die Lage der Landarbeiter und ganz besonders die der Freiarbeiter recht verschlechtert hat. Der Weltmarkt erreicht bei den letzten Jahren nicht nur einmal die Höhe der Wohlstandsunterstützung. Dazu kommt, daß die Landarbeiter heute im Gegensatz zu früher fast nur noch 3 bis 4 Monate im Jahr Arbeit leisten. Die Landarbeitelöhne, wie sie jetzt bestehen, gestalten sich nicht einen neuen Abbau, auch nicht den geringsten.

Laufsprecher Goebbels

Herr Dr. Goebbels, Berliner Gauleiter und Reichspropagandachef der Hitler-Partei, erklärte in seinem „Hindenburg-Projekt“, er habe im Jahre 1925 für Herrn von Hindenburg vierzehn Tage lang in belgischen Gefängnissen gedrückt und sei dort mit Keitpeitschen verdroschen worden. Die Nachprüfung des Tatbestandes aber ergibt die völlige Unwahrscheinlichkeit der Goebbelschen Behauptungen, so daß Goebbels von einer Berliner nationalsozialistischen Zeitung hierfür dreizehn Mal als

abgefeimter Lügner

bezeichnet wird, — ohne in der Lage zu sein, sich gegen diesen Vorwurf zur Wehr zu setzen!

Nicht locker lassen, immer wieder fragen!

Jeder, der gegen die Verflüchtung des Volkes ist, muß jetzt nicht nur Wähler, sondern selbst Agitator von Mund zu Mund sein.

Jede Gelegenheit muß benutzt werden, um die Anhänger der Nazis an die Forderungen und Versprechungen ihrer Partei, an ihre Kriegserklärungen gegen Papen und Fugenberg zu erinnern.

Es darf für die Nazis kein Ausweichen mehr geben.

- Frage, wenn die Erfüllung der Sofortforderungen kommt.
- Frage, wenn es über den Inhalt der Vierjahrespläne geht.
- Frage, warum die neue Regierung vor dem Reichstag nicht erschienen war.
- Frage, warum Hitler die Fragen des Zentrums nicht beantwortet hat.
- Frage, warum man die neue Verordnung gegen die Freiheit der Presse und der Versammlungen braucht.
- Frage, warum Fugenberg alle wirtschaftlichen Ministerposten im Reich und in Preußen besetzt.
- Frage, warum man die Börse nicht verbietet, sondern zu beruhigen versucht.
- Frage, warum die Wiesen und die Steuern nicht ermäßigt werden.

Wir: Wir waren zu anständig

Eigener Bericht

Bochum, 21. Februar.

In einer Kundgebung des Bochumer Zentrums mit dem Reichstangler a. D. Dr. Wirtz als Redner wurde der beurlaubte Polizeipräsident Groß, der dem Zentrum angehört, scharf gelehrt. Als Groß im Saal erschien, wurde er minutenlang von den 4000 Anwesenden begrüßt. Der Jubel steigerte sich, als Groß in einer Ansprache zur Ruhe und Ordnung mahnte und erklärte, wo Fürsten Löwenstein bis zum letzten Kumpel müsse man sich einig in der Liebe zum Volke sein. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als Dr. Wirtz dem Polizeipräsidenten im Namen des ganz Sitzbeifallenden seine Subjugation bedankte. Die Beurlaubung der Beurlaubung des Oberpräsidenten Gronowki wurde mit stürmischen Rufen aufgenommen.

In seiner Rede erklärte Dr. Wirtz, wenn er vor dem Reichstag erschienen wäre, dann hätte er sich nur eines Bergehens schuldig fühlen, zu nachsichtig und zu anständig gegen die Feinde der Republik gewesen zu sein.

Am Hinblick auf die außenpolitische Situation sagte er, das deutsche Volk könne nur dann einen neuen Isolierung ertragen, wenn eine einigende Linie von Strober bis zur Sozialdemokratie gefunden würde.

136 Nazis unter 1400 Stimmen

Eigener Bericht

Köln, 20. Februar.

Die Wahlen zur Kreislehrertagung brachten den Nazis eine große Enttäuschung. Von 2049 Wahlberechtigten gingen 1400 oder 72,8 Proz. zur Wahl. Die Nationalsozialisten erhielten 136 Stimmen (6,6 Proz. der Kölnner Lehrerkräfte) und 2 Mandate. Die übrigen Lehrerverbände erzielten 19 Mandate.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidemarkt vom 21. Februar

Spekulation in Exportgetreide
Am Weizenmarkt blühte Roggen am Dienstag ebenfalls 1 Markt ein, während sich Weizen um 1 Markt erhoblen konnte. Nach auf dem Exportmarkt lag die Weizennotierungen bis um 1½ Markt, ferner, während die Roggennotierungen nur um etwa 25 bis 50 Pfennige anwuchs. Die Getreidepreise beim Weizen hat mit dem Anstieg und mit Weizen nichts zu tun. So handelt es sich um eine rein spekulativ Angelegenheit. Das Weizenmarktministerium gibt seit Ende Januar keine neuen Weizennotierungen mehr aus. Man hat nun sich eine Veranlassung für die Weizennotierungen ausgesucht. Dieser letzte Schritt führte zu einer Erhebung der Weizennotierungen bis um 5 Markt. Davon profitierten auch die Weizennotierungen.

20. Februar 21. Februar (ab märkliche Stationen in Reich)

Roggen	154-156	153-155
Weizen	168-177	168-177
Patzen	160-177	160-177
Hafer	121-124	121-124
Getreidemehl	232-240	232-240
Roggenmehl	204-210	204-210
Weizenmehl	845-855	845-855
Roggenmehl	845-855	845-855

Bezugspreise für Getreide. Weizen: März 2104 bis 2111 (Vertrag 2000), April 2104-2111 (Vertrag 2000), Roggen: März 1684-1688 (Vertrag 1700), April 1684-1688 (Vertrag 1700), Hafer: März 1204-1208 (Vertrag 1200), April 1204-1208 (Vertrag 1200).

Berliner Viechmarkt

Am Dienstag trat auf dem Berliner Viechmarkt der vorangelegte Umkehrpunkt ein. An den besten letzten Werten war der Auftrieb durchgängig stark. Die Preise für die verschiedenen Viecharten gingen stetig. Am Dienstag waren die Märkte durchgängig gedrückt. Bei weitem aber weniger stark als am Montag. In den letzten Tagen der letzten Woche gehalten werden. Auf dem Schweinefleischmarkt haben gegen 10 000 Stiere zum Verkauf angeboten nicht ganz 1000 Stiere am letzten Markt. Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 43-48 (-), b) 240-300 Pfund 41-42 (42-43), c) 200-240 Pfund 41-42, d) 160-200 Pfund 38-39 (-), e) 120-160 Pfund 34-36 (33-34), f) 80-120 Pfund 30-32 (-), g) 40-80 Pfund 28-30 (-), h) 20-40 Pfund 26-28 (-), i) 10-20 Pfund 24-26 (-), j) 5-10 Pfund 22-24 (-), k) 2-5 Pfund 20-22 (-), l) 1-2 Pfund 18-20 (-), m) 0,5-1 Pfund 16-18 (-), n) 0,2-0,5 Pfund 14-16 (-), o) 0,1-0,2 Pfund 12-14 (-), p) 0,05-0,1 Pfund 10-12 (-), q) 0,02-0,05 Pfund 8-10 (-), r) 0,01-0,02 Pfund 6-8 (-), s) 0,005-0,01 Pfund 4-6 (-), t) 0,002-0,005 Pfund 2-4 (-), u) 0,001-0,002 Pfund 1-2 (-), v) 0,0005-0,001 Pfund 0,5-1 (-), w) 0,0002-0,0005 Pfund 0,2-0,5 (-), x) 0,0001-0,0002 Pfund 0,1-0,2 (-), y) 0,00005-0,0001 Pfund 0,05-0,1 (-), z) 0,00002-0,00005 Pfund 0,02-0,05 (-).

Ueberfall in Gleiwitz

Eigener Bericht

Breslau, 21. Februar

Am Montagabend verübte ein harter Trupp von SA-Leuten in der Bahnhofstraße in Gleiwitz einen Ueberfall auf eine Gruppe Reichsbannerleute, die von einer Kundgebung der Eisernen Front heimkehrten. Die Jungbannkameraden wurden mit dem Gummiknüppel niedergeschlagen und in vierfacher Weise mißhandelt.

Zwei Kameraden mußten bewußtlos vom Platz gesetzt werden, drei wurden niedergeschlagen und trugen schwere Verletzungen davon.

Nach dieser Bluttat sammelten sich die SA-Kräfte auf dem Gernantapark und verurteilten eine von einem Sozialdemokraten bewirtschaftete Gaststätte zu schließen. Sie gerichteten sämtliche Fensterbretter des Lokals. Die herbeigerufenen Polizei über gegenüber den Begegnern die größte Zurückhaltung. Der Polizeioffizier war nach energischen Vorstellungen dazu zu bewegen, den Rückmarsch der überfallenen Jugendlichen durch Polizeibeamte sichern zu lassen.

Aufgehobenes Demonstrationsverbot

Köln, 20. Februar.

Das Verbot von Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei unter freiem Himmel ist am Montag aufgehoben worden. Es erbit bis auf weiteres den örtlichen Polizeiverordnungen überlassen, ob sie derartige Versammlungen gestatten wollen oder nicht.

Der nationale Haß

Gegen die Freiheit der Sozialdemokraten

Der Haß der Nationalsozialisten gegen die Sozialdemokratie zeigt die giftigsten Blüten. In Anhalt haben sie im Landtag einen Antrag eingebracht, der vom Staatsministerium fordert, „daß kein Beamter oder staatlicher Angestellter hinfür der Sozialdemokratischen Partei angehören, bzw. sich für diese betätigen darf.“ Gegen Zumbereitschaften soll ein Disziplinerverfahren eingeschaltet werden. Die Begründung dieses Antrages ist von maßloser Einfachheit und Schönheit. Es lautet: Das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei in Vergangenheit und Gegenwart hat bewiesen, daß diese fortgesetzt staats- und landesgefährlichen Charakter angenommen hat. Da wären wir also glücklich wieder so weit, wie wir unter dem Regime der Hohenzollern waren. Ein Sozialdemokrat darf nicht einmal Radwegfahrer werden. Das ist die neue Freiheit der Hitler-Regierung. Selbstverständlich ist die Forderung der Anhalter Nationalsozialisten nach der Verfallung unzulässig. Die Geschichte lehrt, daß ihr die Weichen nichts lehrt. Wie mar dieses Wort Hegels wahrer als heutzutage in Deutschland.

16000 Mark unterschlagen

Der Gemeindevorsteher Hamble aus Spreenhagen bei Berlin wurde dem Verdacht der Veruntreuung von 16000 Mark verhaftet. Außerdem hat er allem Anschein nach Raffensbücher und wichtige Befehle, aus denen der Radweg seiner Untreue zu erbringen sein dürfte, vernichtet.

Dhr und Rase . . .

In Guten-Ohrnenborn (Schlesien) überfiel ein eiferstähliger Liebhaber seinen erfolgreicheren Nebenbuhler und biß ihm Ohr und Nase ab.

Sechs Personen verbrannt

In der Nähe von Rairo wurde ein Arbeiterdorf eingeebnet. Sechs Frauen kamen in den Flammen um.

Heimannsberg Verbandsführer

Die Reichsgemeinschaft deutscher Polizeibeamter, die Spigenorganisation des größten Teils der deutschen Polizeibeamtensverbände, hat den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Heimannsberg ist damit nicht nur Vorsitzender des Verbandes preußischer Polizeibeamter, sondern auch Vorsitzender der Spigenorganisation. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kriminalkommissar Bredack gewählt.

Appell an die Frauen

Die Frauen haben ein besonderes Interesse daran, den Sieg eines Gewaltregiments zu verhindern.

Sie wissen, weil seelische und materielle Not die täglichen Ausschreitungen gewalttätiger Verbände über unglückliche Familien bringen.

Sie wissen, daß der Nationalsozialismus selbst beteuert, die Frau muß wieder zur Dienerin, zur Magd herabgewürdigt werden, sie soll tochen und Kinder gebären, aber nicht mitsprechen in Staat und Gemeinde.

Die Frau leidet am stärksten unter den Kürzungen der Löhne, Unterhaltungen und Renten, die seit dem Anwachsen der Nationalsozialisten in Deutschland durchgeführt wurden.

Deshalb, Frauen und Mädchen, kämpft an der Seite der Männer gegen die faschistische Gefahr.

Für Seite 2!

Brolat-Prozess

In dem Berliner Prozeß gegen den des Faltsch eines beschuldigten früheren BZG-Direktor Brolat stellt der Vorliegende am Dienstag fest, daß aus dem Protokoll über die Vernehmung Brolats am 30. Oktober 1929 nicht herorgehe, ob und in welcher Art Brolat über seine Eidespflicht belehrt worden sei. Zur Sache selbst wurden eine ganze Reihe von Zeugen vernommen. Den Chefs und Angestellten der Firma Keller u. Furch, von der die Skandale Änüge für ihre Freunde bezogen hatten, wollte der Vertreter der Staatsanwaltschaft nachweisen, daß sie dem kriminalpolizeilichen Sachverständigen nach der Verhaltung der Skandals keine unrichtige Kontonotizen vorlegen ließen. Die Keller-u.-Furch-Zeugen bestritten derartige Täuschungsabsichten. Schließlich wurde nach der früheren Stadtbauinspektor Hoffmann vernommen, dessen leidenschaftliche Kreditgewährung seinerzeit im Skandale-Prozess eine erhebliche Rolle spielte. Hoffmanns Vernehmung bestätigte den früheren Eindruck, daß der Stadtbauinspektor dem Amt, das er vertrat, nicht gewachsen war. Der Zeuge bestritt im übrigen, daß er nach Aufdeckung des Skandals-Standals Direktor Brolat inoffiziell erludt habe, ihm bei der Verhaltung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu den Skandals behilflich zu sein. Hier steht Auslage gegen Auslage. Fortsetzung der Verhandlung am Donnerstag

Eine Ermordete aufgefunden

Eigener Bericht

Bochum, 21. Februar.

Die Leiche der seit zwei Monaten verschwundenen Kontristin Schneider aus Herford, die auf einer Fahrt nach Dortmund spurlos verschwunden war, wurde am Montag in der Nähe von Dortmund-Dorfstedt in einem Acker einen Meter tief vergraben aufgefunden. Sie war wie der Holzgroßhändler Narowski mit einem Strick erdrosselt worden. Als Täter kommt der in dieser Mordele verhaftete Arbeiter Scheer in Frage.

23 Wölfe erlegt

Zwischen den rumänischen Ostflüssen Runt und Miatra Epej wurden drei patrouillierende Gendarmen von mehreren Wölfen angefallen. Die gefährdeten Beamten schlugen auf einen Baum und schossen auf ihre Angreifer. Im Verlauf einer Bierzeltstunde wurden nicht weniger als 23 Wölfe getötet. Der Rest flüchtete.

Eisernuchtmord

Ein Polizeibeamter aus Karlsruhe hat seinen Freund in einem Anfall von Eifersucht erschossen und seine Braut durch einen Schuß verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Betrunkener Lokomotivführer

In Rattow (Polen) stießen ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Durch die Explo-

